

KIRCHBACH IN DER STEIERMARK

Feuerteufel legte schon wieder einen Brand

Die Suche nach dem unbekanntem Brandstifter läuft weiter auf Hochtouren. Am Sonntag brannte Hütte.

Ein Zeitungszusteller hatte am Sonntag gegen 4.15 Uhr zunächst Rauch und später Flammen im Ortsteil Maierdorf in der Gemeinde Kirchbach entdeckt. Beim Eintreffen der Feuerwehren Kirchbach und Breitenbuch, die mit 26 Mann und vier Fahrzeugen zum Brandort ausrückten, brannte die in unmittelbarer Waldnähe stehende Fischerhütte bereits lichterloh, so die Feuerwehr. Einen technischen Defekt konnte der Besitzer sofort ausschließen, da sich keine Stromquelle in der Hütte befand. Auch die Ermittlung

gen der Polizei zur Brandursache ergaben ganz klar Brandstiftung.

In der Gegend ist schon seit längerer Zeit ein Brandstifter unterwegs: Zu Ostern stand in Grasdorf (Gemeinde Jagerberg) ein Wirtschaftsgebäude in Flammen. Auch eine Fischerhütte in Waldnähe ging damals in Flammen auf. Insgesamt gab es bereits fünf bis sieben Brandstiftungen, die auf das Konto des Feuerteufels gehen dürften: Immer waren es Hütten, Ställe oder Stadln – und immer Gebäude, die unbewohnt waren. **K. Schwarz**

ANZEIGE

KLEINE ZEITUNG PRÄSENTIERT

HOL DIR JETZT DEIN TICKET ZUM BESTPREIS BEI SPARK7'S

in allen Filialen der Steiermärkischen Sparkasse

Das 33. **usifest**

Das größte Studenten-Fest Europas

23.06.2017

usifest.at  /usifest

Genossenschaften sollen Landflucht stoppen

Steirer ziehen in Großraum Graz, Ortskerne verlieren Wirte, Shops, Schulen. Raiffeisen will jetzt mit Gemeinden aktiv werden.

Von Bernd Hecke

Die Landflucht ist ein brennendes Thema, das auch die – inzwischen geplante rot-schwarze Bundesregierung – auf ihrer Agenda hatte (siehe rechts). Die Obersteiermark blutet besonders stark aus. Die Bezirke Murau, Murtal, Leoben und Bruck-Mürzzuschlag haben seit 1991 Einwohner im zweistelligen Prozentbereich verloren (siehe Grafik). Die Prognosen der Landesstatistik lassen Alarmglocken schrillen: Murau soll bis 2050 fast jeden vierten Einwohner verlieren, die anderen drei oben genannten jeweils mehr als 15 Prozent. Graz und Umgebung werden auf rund 530.000 Einwohner explodiert sein.

Als „Musterbeispiel“ für die Folgen der Flucht gilt in der Steiermark Vordernberg. 1890 zählte die Gemeinde beim Erzberg 3118 Einwohner, 1991 waren es 1832, heute kämpft Bürgermeister Walter Hubner trotz Ansiedlung des Schubhaftzentrums gegen das Abrutschen unter die 1000-Seelen-Grenze. Lebensmittelhändler, Bank und Volksschule sind längst zugesperrt. Für Geldgeschäfte kommt einmal die Woche der Bankbus, das Geschäft hält nun die Gemeinde mittels Vereins am Laufen und schießt dafür jährlich 14.000 Euro zu.

Nebst der Landespolitik, die Regionen stärken will, startet nun der Raiffeisenverband eine Initiative gegen die Landflucht,

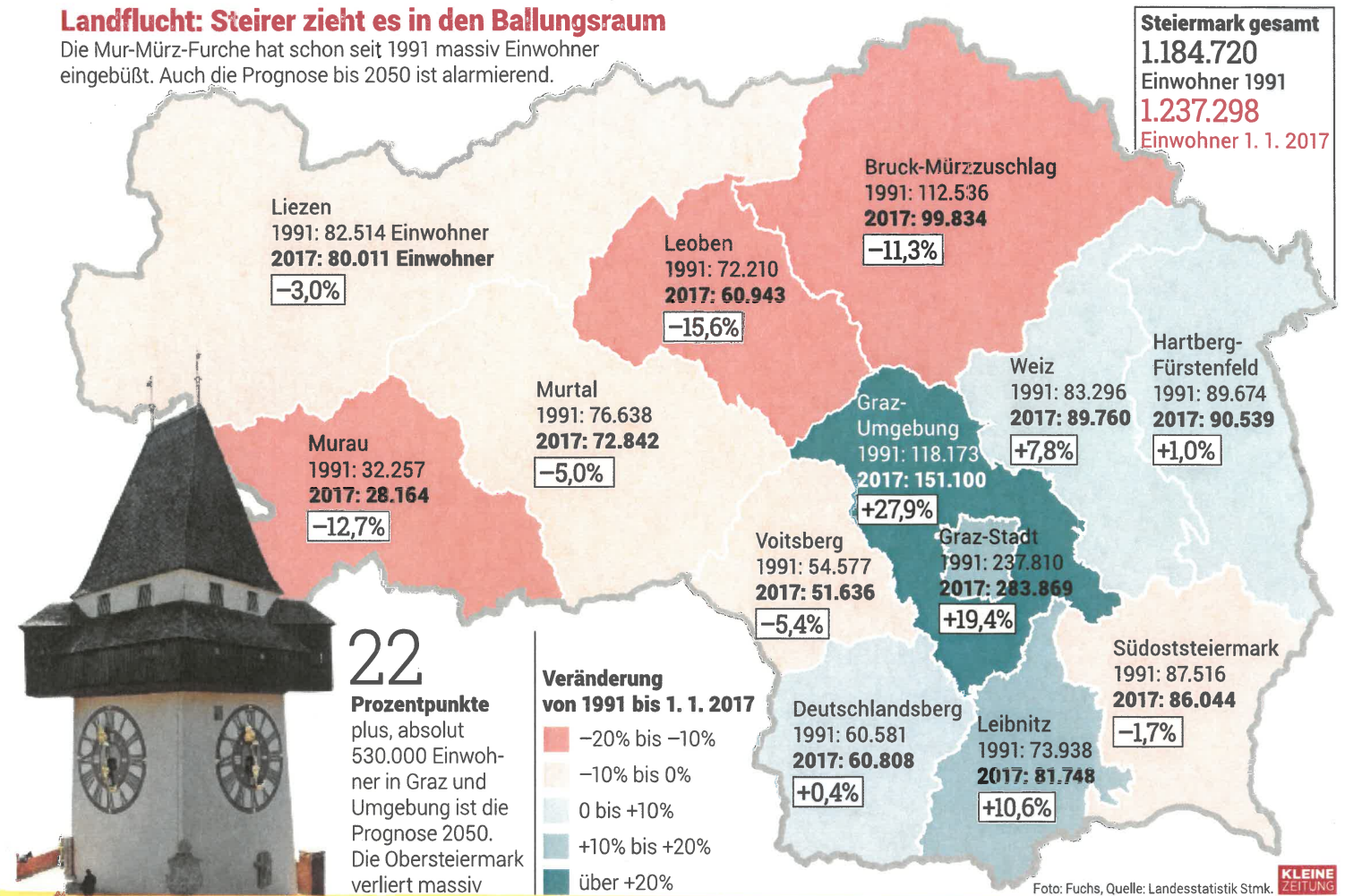
die man aus Vorarlberg importiert. Dort berät das Institut für Standort-, Regional und Kommunalentwicklung (ISK) seit Jahren Gemeinden mit Masterplänen zur Entwicklung. ISK-Chef Gerald Mathis weiß: „Die Politik kümmert sich oft um Wanderwege und Almhütten. Will man Leute dort halten, geht es aber nur um Arbeitsplätze in der Region.“

Die Gemeinde Sulzberg in Vorarlberg sei Erfolgsbeispiel: 2008 hatte sie 1700 Einwohner, heute sind es 2000. Mathis: „Unser Entwicklungskonzept setzte auf günstige Mietwohnungen und Gebiete für kleines Handwerk und Betriebe.“ Dann hat sich eine Entwicklungsgenossenschaft mit Gemeinde und Bank an Bord an die Grundstückssicherung und Projektentwicklung gemacht. Unter anderem entstand so im Ortszentrum eine Immobilie mit Dienstleistern, Mietwohnungen und einer Arztpraxis.

Raiffeisenverbandsdirektor Heinrich Herunter will diese Genossenschaftsidee im Steirerland befeuern: „Wir haben mit ISK und Raiffeisenlandesbank die Firma ISK-Süd gegründet, die solche Projekte in ländlichen Gemeinden vorantreiben soll.“ Projekte müssten aus der Region kommen und von dort getragen werden. Auch für den Breitbandausbau biete sich so eine Genossenschaft an. Die ersten Gemeinden scharen schon in den Startlöchern.

Landflucht: Steirer zieht es in den Ballungsraum

Die Mur-Mürz-Furche hat schon seit 1991 massiv Einwohner eingebüßt. Auch die Prognose bis 2050 ist alarmierend.



WIEN

Rettungsplan für Regionen geschmiedet

Minister Ruppachter will vor dem Sommer „Masterplan für ländlichen Raum für nächste Bundesregierung“ vorlegen.

Es war ein Schwerpunkt, den noch die rot-schwarze „Koalition Kern-Mitterlehner“ gesetzt hat und den Landwirtschaftsminister Andrä Ruppachter (ÖVP) zieht: der Masterplan für den ländlichen Raum, der die Landflucht stoppen soll. Der Minister tourte durch sechs Bundesländer, diskutierte mit 2000 Bürgermeistern, Experten, Interessierten und sammelte via „Internet-Börse“ 1000 Bürgerideen zur Rettung der Regionen. „Wir finalisieren den Masterplan und werden ihn Ende Juni beim großen Gemeinderat präsentieren. Über 20 Bereiche, von Gesundheit, Kinderbetreuung und

Mobilität bis zu Arbeitsplätzen, spannt sich der Themenbogen des Masterplans. Priorität hat für Ruppachter die Digitalisierung der Regionen via Breitbandinternet. Dafür habe der Bund 175 Millionen Euro freigegeben, die mithilfe von Ländern, Gemeinden und EU-Töpfen vervielfacht werden sollen: „Wir müssen beim 5G- und Glasfaserkabelnetzausbau bis 2030 Europa-Vorreiter sein. Allein das schaffe laut Studie von Arthur D. Little 35.000 Arbeitsplätze.“ Hochleistungsinternet in den Regionen sei die Basis, um Unternehmen dort halten zu können. Ruppachter kämpft weiter



Minister Andrä Ruppachter (VP) APA

dafür, den Sitz von Bundesbehörden in Regionen zu verlegen – etwa die Geologische Bundesanstalt nach Leoben. Auch will er ein Energiewendezentrum in

Murau etablieren. Ehrenamt und Vereinswesen will er ebenfalls fördern und stärken. Ergebe doch eine auf Österreich hochgerechnete Tiroler Studie eine Wertschöpfung der ehrenamtlich geleisteten Arbeitsstunden in der Höhe von 13 Milliarden Euro. Das ist der Bruttowert, den ein fiktiver Arbeitgeber für diese Dienstleistungen bezahlen müsste.

Die Neuwahl bedrohe den Masterplan nicht, meint der Minister: „Ich denke, das wird der Arbeitsauftrag für die nächste Regierung.“ Ruppachter scheint überzeugt, dass nicht nur die ÖVP, sondern auch er darin vertreten sein werden.